
Vorwort

Volker Kauder / Ole von Beust

„Deutsche Wirtschaft auf dem Gipfel“, „Deutschland in Europa wieder Spitze“, „Comeback einer Wirtschaftsmacht“, „Unternehmer stellen kräftig ein“: Nicht nur die Schlagzeilen loben die wirtschaftliche Situation Deutschlands, auch die harten Parameter weisen nach oben: Der Wirtschaftsaufschwung geht ins dritte Jahr, seit dem Amtsantritt von Angela Merkel sind 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden, darunter eine Million für Langzeitarbeitslose. Nie standen mehr Menschen in Lohn und Brot als heute, die Löhne und Gehälter sind so stark gestiegen wie seit 1996 nicht mehr. Und auch die Lehrstellenlücke hat sich inzwischen geschlossen. Während noch vor wenigen Jahren die Auguren aus Wissenschaft und Politik Deutschland den baldigen Abstieg voraussagten, befindet sich das Land heute in guter Verfassung.

Die öffentliche Wahrnehmung ist indes oftmals eine andere: Viele Menschen haben das Gefühl, nicht vom Aufschwung zu profitieren, und in einer Umfrage gaben jüngst 43 Prozent der Befragten ihrer Befürchtung Ausdruck, in zehn Jahren wirtschaftlich schlechter gestellt zu sein als heute. Auch wenn vieles davon Nachwirkungen der schlechten Stimmung früherer Jahre geschuldet sein dürfte, gibt es auch tiefer liegende Gründe:

Unsere Arbeitswelt ist längst im Umbruch. Lebenslange Beschäftigungsverhältnisse in einem einzigen Unternehmen gehören für die meisten Arbeitnehmer der Vergangenheit an. In allen westlichen Ländern nimmt die Lohnspreizung unter dem Druck von Rationalisierung

und Internationalisierung zu. Die Renditen auf Kapital und Arbeitskraft entwickeln sich auseinander. Es ist zu befürchten, dass sich in der Folge ein Riss in der Gesellschaft auftun wird – und dieser Riss könnte genau durch die gesellschaftliche Mitte laufen.

Diese Mitte, die durch ganz unterschiedliche Milieus und soziale Lagen gekennzeichnet ist, ist seit jeher das stabilisierende Rückgrat des politischen Systems Deutschlands. Heute aber ist es gerade die Mitte, die – anders als die Empfänger sozialer Transfers oder die Bezieher hoher Kapitaleinkommen – durch Steuern und Abgaben besonders belastet wird. Und eben diese Mitte ist es auch, die Angst vor Statusverlust und gesellschaftlichem Abstieg hat. Diese Angst ist umso größer, als mit sozialem Abstieg in Deutschland oft dauerhafte Perspektivlosigkeit verbunden sei, so die Befürchtung vieler.

Verantwortliche Politik muss diese Sorgen und das dahinter stehende Sicherheitsbedürfnis ernst nehmen. Das gilt in besonderer Weise für die Union, deren politische Anziehungs- und Gestaltungskraft eng mit ihrem Selbstverständnis als Volkspartei der Mitte verbunden ist. Diese Sorgen ernst zu nehmen, kann allerdings nicht bedeuten, dass man die sozialpolitischen Sicherheitsversprechen der Vergangenheit wiederholt. Die budgetären Grenzen einer auch kommenden Generationen verpflichteten Haushaltspolitik und die Folgen des demografischen Wandels lassen ein Festhalten an diesen Versprechen längst ins Leere laufen.

Bei dem seit Anfang der siebziger Jahre mit Macht vorangetriebenen Umbau des deutschen Sozialstaates in einen sozialpolitisch nachsorgenden Umverteilungsstaat ging es nicht mehr um die notwendige Absicherung existenzieller Lebensrisiken, sondern vor allem um die Absicherung von sozialem Status. Diese Statussubvention durch Umverteilung hat zu einem immer undurchschaubareren System von Transferzahlungen geführt. Die Orientie-

rung an statusbezogener Zufriedenheit hat zudem ganz erheblich dazu beigetragen, dass individueller gesellschaftlicher Aufstiegs-wille gelähmt worden ist. Hinzu kommt, dass die Aufstiegs-perspektive des Einzelnen in Deutschland noch immer eng von seiner sozialen Herkunft abhängt. Die Wohlstandssteigerung hat sich in Deutschland insofern in einem Rolltreppeneffekt niedergeschlagen: Alle sind weiter nach oben gekommen, aber die meisten nur auf ihrer Stufe.

Die Fortsetzung einer statusorientierten Sozialpolitik stößt nicht nur an budgetäre Grenzen, sondern folgt aus Sicht der CDU auch einem fundamental verfehlten Ansatz. Denn der Gestaltungsanspruch der Union ruht fest auf dem christlichen Menschenbild und dem damit verbundenen Begriff der Würde. Eine Politik, die die Würde ernst nimmt, begreift den Menschen als ein zu einem Leben in verantworteter Freiheit berufenes Individuum. Hierauf gründet sich auch der für die christlich-demokratische Programmatik prägende Solidaritätsbegriff der christlichen Soziallehre. Solidarität wird von dieser Freiheit her gedacht. Durch die Hilfe der Gesellschaft soll denjenigen Menschen, die Unterstützung benötigen, ein eigenverantwortliches Leben in Freiheit ermöglicht werden.

Mit der Subventionierung von sozialem Status hat gesellschaftliche Solidarität ebenso wenig zu tun wie mit einer Sozialpolitik, die zu einer dauerhaften Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen führt. Ziel christlich-demokratischer Politik muss vielmehr eine Aufstiegs-gesellschaft sein: eine Aufstiegs-gesellschaft, die sich an jeden Menschen und nicht nur an bestimmte Gruppen richtet, die niemanden ins Bodenlose fallen lässt, sondern existenzielle Lebensrisiken absichert und die in Köpfe und Fähigkeiten, aber nicht in Status investiert.

Im Zentrum der Aufstiegs-gesellschaft steht die menschliche Würde. Sie nimmt den Menschen ernst. Sie gaukelt

ihm kein Schlaraffenland vor und verspricht ihm auch keine Sicherheiten, die es nicht mehr gibt. Aufstieg setzt Anstrengung und Leistung voraus. Aber Anstrengung und Leistung müssen sich auch lohnen. Es ist eine unserer großen Aufgaben, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Grenzen des sozialen Aufstiegs einzureißen. Das ist eine Aufgabe für alle staatlichen Ebenen: vom Bund bis zu den Kommunen. Und es ist eine Arbeit, die viele Politik- und Lebensbereiche berührt.

Im vorliegenden Buch werden für einige der wichtigsten Politik- und Lebensbereiche Handlungsvorschläge unterbreitet sowie positive Erfahrungen geschildert. Zum Einstieg wagt Wolfgang Franz einen Blick in die Zukunft und auf die Arbeitswelt von morgen und gibt Empfehlungen, wie wir uns den neuen Erfordernissen anpassen können. Im Anschluss beschreibt Stefan Hradil die zunehmende gesellschaftliche Stagnation. Renate Köcher ergänzt diesen Befund um die Analyse der Perzeption mangelnder Aufstiegschancen durch die Bevölkerungsmehrheit. Dieser pessimistischen Wahrnehmung der aktuellen Verhältnisse stellt Paul Nolte in seinem Beitrag die Perspektive einer aufstiegsorientierten und Aufstieg ermöglichenden Gesellschaft entgegen. Genau in der Ermöglichung von persönlichem Aufstieg als Förderung individueller Freiheit sieht auch Jörg Althammer die vordringliche Aufgabe des Sozialstaates. Michael Borchard untersucht die veränderten Lebensstile und arbeitet die herausragende Bedeutung der Eltern und der Familie für die Aufstiegs-gesellschaft heraus. Wassilios E. Fthenakis unterstreicht die hohe Bedeutung der Bildungspolitik bei der Schaffung von Aufstiegschancen und betont, wie wichtig auch vor diesem Hintergrund eine frühe Förderung ist.

An diesen generellen Analyseteil schließen sich konkrete Praxisbeispiele an. Begonnen wird dabei buchstäblich

bei den Kleinsten: In ihrem Beitrag über frühkindliche Sprachförderung schildert Rosemarie Tracy die Bedeutung guter Sprachfähigkeiten als unerlässliche Voraussetzung jeglicher Persönlichkeitsentwicklung und somit auch als Schlüssel für den individuellen Aufstieg. Daran anschließend berichtet Michael Otto von den Erfahrungen mit Projekten zur Berufsorientierung und Ausbildungsvermittlung von Hauptschülern. Damit zeigt er Wege auf, wie wir verhindern können, dass die Hauptschule zur vielbeschworbenen „Restschule“ verkommt und stattdessen Ausgangsort für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn ist. Roland Kaehlbrandt widmet sich in seinem Beitrag zur Exzellenzförderung von Kindern einer weiteren bildungspolitischen Aufgabe, die es zu lösen gilt, um auch den Migrantinnen und Migranten in Deutschland Aufstiegsperspektiven zu bieten.

Die Möglichkeit zum Aufstieg darf sich indes nicht auf junge Menschen beschränken, auch den älteren muss diese Perspektive offenstehen. Das betrifft insbesondere die bessere Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt. Ben Tellings macht am Beispiel der ING-DiBa deutlich, welches Potenzial ältere Arbeitnehmer dank ihrer Erfahrung den Betrieben bieten. Hans-Georg Brackmann schließlich bricht eine Lanze für das Unternehmertum als Inbegriff der beruflichen Selbstentfaltung und erläutert, wie sich eine „Kultur der Selbstständigkeit“ besser fördern ließe.

Im Anschluss daran zeigen die Herausgeber des vorliegenden Buches, mit welchen konkreten politischen Entscheidungen im Bund und in Hamburg bereits wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Aufstiegs-gesellschaft beschritten worden sind. In einem letzten Kapitel greifen sie diesen Faden auf und skizzieren in einer politischen Programmatik, welche weiteren Maßnahmen notwendig sind.

Bedanken möchten wir uns bei all denen, die dieses Buch unterstützt haben. An allererster Stelle gilt unser Dank den Verfassern der einzelnen Beiträge. Danken möchten wir auch der Konrad-Adenauer-Stiftung, die den Band in ihre Publikationsreihe aufgenommen und die redaktionelle Bearbeitung übernommen hat. Für die Herausgabe des Buches sowie die gute Zusammenarbeit sei dem Herder-Verlag herzlich gedankt. Besonders bedanken möchten wir uns auch bei unseren Mitarbeitern, Frau Susanne Frischling, Hamburg, und Herrn Dr. Mark Speich, Berlin, die mit großem persönlichen Einsatz und vielen Ideen die Entstehung des vorliegenden Buches maßgeblich vorangetrieben haben.

Volker Kauder
Ole von Beust